

Einwände durch den Ausschuss noch möglich

Umweltausschuss

Protokoll Nr. UA/02/2021

**über die öffentliche Sitzung des Umweltausschusses am 10.03.2021,
Ahrensburg, Sporthalle des Schulzentrums Am Heimgarten,
Reesenbüttler Redder 4 - 10, 22926 Ahrensburg**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:30 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Christian Schmidt

Stadtverordnete

Herr Gerhard Bartel
Herr Oliver Böge
Herr Rolf Griesenberg
Herr Volkmar Kleinschmidt
Frau Cordelia Koenig
Herr Detlef Levenhagen
Herr Jochen Proske
Frau Karen Schmick
Herr Nils Warnick

Bürgerliche Mitglieder

Herr Klaus Goldbeck
Frau Michaela Knaack
Herr Jan Jasper Lauert
Frau Sibylle von Rauchhaupt

Verwaltung

Herr Peter Kania
Frau Katja Heinecke
Herr Kay Renner
Frau Katja Hadler
Rolf Schmidt
Frau Julia Brötzmann

Protokollführerin

Gäste

Bernd Schürmann
(Büro „Stadt Raum Plan“)

bis 21:08 Uhr

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. UA/01/2021 vom 16.02.2021
6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
- k e i n e -
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Hundesportplatz in der Hagener Allee
 - 6.2.2. Saisonale Umnutzung von Straßenflächen
7. Errichtung einer barrierefreien WC-Anlage am Bahnhof in Ahrensburg **2020/124**
8. Bebauungsplan Nr. 107 – Wohngebiet auf dem Gelände nördlich und nordöstlich der Straße Fannyhöh sowie südlich und südöstlich der verbleibenden Tennisplätze
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB **2021/006**
9. Bebauungsplan Nr. 108 "Fischerei-Institut Wulfsdorf", für das Gebiet östlich des B-Plans 70B ("Allmende") sowie westlich und nördlich des B-Plans 70a ("Wilde Rosen")
-Grundsatzbeschluss zur Aufstellung des B-Plans **2020/136**
10. Anfragen, Anregungen, Hinweise
 - 10.1. Papiercontainer in der Ladestraße

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Unterausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Einwohnerfragestunde

Frau **Bernadette Kehlborn** aus Wulfsdorf ergreift das Wort und bezieht sich auf den TOP 9 – *Bebauungsplan (B-Plan) Nr. 108 "Fischerei-Institut Wulfsdorf", für das Gebiet östlich des B-Plans 70B ("Allmende") sowie westlich und nördlich des B-Plans 70a ("Wilde Rosen") - Grundsatzbeschluss zur Aufstellung des B-Plans* – dieser Sitzung. Sie teilt mit, dass sich eine aus etwa 50 Mitgliedern bestehende Gruppierung zusammengefunden habe, welche sich um Anliegen bezüglich des Ahrensburger Stadtteilgebietes Wulfsdorf kümmere. Es wurden über Jahre Gedanken zur Verwirklichung des ökologischen Bauens, gemeinschaftlichen Wohnens und der Integration in die Dorfgemeinschaft entwickelt.

Sie betont, dass die Verwaltung sich im Zuge des angestrebten Aufstellungsbeschlusses für das vorgenannte Gelände gerne an die erwähnte Gruppierung wenden könne, um das weitere Vorgehen bei der möglichen Aufstellung eines B-Planes zu erörtern.

Die Verwaltung teilt mit, dass eine Konzeptausschreibung mit einem Bewerbungsverfahren in Planung ist. Das vom o. g. B-Plan betroffene Grundstück gehöre demnach der Hansestadt Hamburg. Im Zuge dieser Konzeptausschreibung könne auch die von Frau Kehlborn erwähnte Gruppierung ein entsprechendes Konzept entwickeln und einreichen. Das wirtschaftlich aussichtsreichste Konzept würde den Zuschlag erhalten. Dies müsse nicht zwingend das finanziell günstigste sein. Unabhängig von dieser Ausschreibung wird ein B-Plan aufgestellt werden.

Herr Matthias Reuter aus Ahrensburg fragt an, welche Zuschlagskriterien das von der Verwaltung erwähnte Konzept beinhalten würde.

Die Verwaltung sagt aus, dass hierzu noch eine Ausarbeitung erfolge. Die Zuschlagskriterien würden in Zusammenarbeit mit der Hansestadt Hamburg entwickelt und öffentlich bekannt gemacht werden.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt zunächst Herrn Bernd Schürmann vom Büro „Stadt Raum Plan“ vor. Dieser wird zum TOP 9 eine entsprechende Präsentation vortragen.

Im Anschluss bezieht sich der Vorsitzende auf die Einladung zur heutigen Sitzung und erfragt bei den anwesenden Ausschussmitgliedern ob Änderungswünsche oder aber Notwendigkeiten für eine Änderung bestehen.

Die ist seitens der Ausschussmitglieder nicht der Fall.

Folgend wird über die Tagesordnung abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. UA/01/2021 vom 16.02.2021

Seitens der Mitglieder des Umweltausschusses bestehen keine Einwände. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

--- keine ---

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

Die Verwaltung teilt mit, dass die Verwaltung am Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2021“ teilnehmen wird.

Hier werden erfolgreich realisierte, wirkungsvolle und innovative Klimaprojekte gesucht. Neben einem Preisgeld in Höhe von je 25.000 € werden die Gewinner bundesweit bekannt gemacht. Teilnahmeberechtigt sind Städte, Landkreise und Gemeinden. Ausdrücklich gewünscht sind dabei auch Kooperationsprojekte, bei denen die kommunale Verwaltung mit weiteren Akteuren (z. B. Vereinen, Verbänden, Kammern, Handwerk) und/oder mit anderen Kommunen sowie mit kommunalen Unternehmen zusammenarbeitet. Bewerbungsschluss sei der 20. April 2021.

Initiatoren des Wettbewerbs sind das Bundesumweltministerium und das Deutsche Institut für Urbanistik; Kooperationspartner der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Die Gewinner werden im Rahmen einer öffentlichen Preisverleihung auf der Kommunalen Klimakonferenz voraussichtlich im November 2021 bekannt gegeben und ausgezeichnet.

Für das Jahr 2021 seien Bewerbungen in folgenden Kategorien möglich:

Kategorie 1: Ressourcen- und Energieeffizienz

Kategorie 2: Klimafreundliche Mobilität

Kategorie 3: Klimaaktivitäten zum Mitmachen

Die Verwaltung teilt mit, dass die Stadt Ahrensburg mit dem Pilotprojekt „On-Demand Verkehr Ahrensburg / ioki Hamburg“ an jenem Wettbewerb in der Kategorie 2 Klimafreundliche Mobilität teilnehmen wird.

Ein Ausschussmitglied fragt an, was für Informationen im Zuge der Bewerbung einzureichen sind.

Die Verwaltung antwortet, dass eine Beschreibung des Projektes, die bislang gewonnenen Erfahrungen sowie auch das zu erreichende Ziel in jener Bewerbung erwähnt werden würden.

6.2.1. Hundesportplatz in der Hagener Allee

Die Verwaltung stellt den als **Anlage** beigefügten Bericht vor.

Im Anschluss wird seitens eines Ausschussmitgliedes erfragt, ob ein Hundesportplatz an anderer Stelle errichtet werden könne.

Die Verwaltung gibt Auskunft darüber, dass bislang keine entsprechenden Anfragen oder Anträge eingereicht worden sind. Hierzu müsse eventuell eine öffentliche Befragung durchgeführt werden.

Sollte der Wunsch auf Errichtung eines Hundesportplatzes an anderer Stelle bestehen, so wird eine entsprechende Beschlussvorlage erstellt werden.

6.2.2. Saisonale Umnutzung von Straßenflächen

Die Verwaltung stellt zunächst die als **Anlage** beigefügte Präsentation vor.

Es wird darauf hingewiesen, dass die entsprechenden Mittel i. H. v. 60.000 € bereits durch die Stadtverordnetenversammlung am 01.03.2021, im Zuge des Beschlusses zum III. Nachtragshaushalt für das Jahr 2021, zur Verfügung gestellt worden sind. Die Beschlussvorlage 2020/107 zur dieser Thematik werde aber erst zur Sitzung des Umweltausschusses am 12.05.2021 auf die Tagesordnung gesetzt.

Es wird weiterhin berichtet, dass die Herstellung eines Parklets etwa drei Monate dauern würde. Es könnten hierzu auch regionale Tischler mit einbezogen werden.

Ein Ausschussmitglied spricht sich für die Errichtung von Parklets im Ahrensburger Innenstadtgebiet aus. So könnten unter anderem auch die ansässigen Einzelhändler sowie Gastronomen unterstützt werden. Die Parklets würden zudem ein „illegales Dauerparken“ verhindern.

7. Errichtung einer barrierefreien WC-Anlage am Bahnhof in Ahrensburg

Die bereits während der Sitzung des Umweltausschusses am 16.02.2021 im Zuge des Beschlusses zu **AN/014/2021** zur Verfügung gestellten Mittel i. H. v. 165.000 € sind die Grundlage für die Errichtung der o. g. WC-Anlage am Bahnhof.

Die Verwaltung bittet darum, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass unter dem Punkt „Gesamtaufwand / -auszahlungen“ der vorgenannte Betrag erwähnt wird. Weiterhin sei es für das weitere Vorgehen notwendig, den Sperrvermerk auf dem betroffenen Produktsachkonto aufzuheben. Es wird auf die noch ausstehende Genehmigung des III. Nachtragshaushalts 2021 durch die Kommunalaufsichtsbehörde hingewiesen.

Im Zuge der entstehenden Diskussion wird seitens eines Ausschussmitgliedes auf die unebene Fläche an dem geplanten Standort hingewiesen.

Die Verwaltung teilt mit, dass dieser Umstand bekannt ist. Die Zuwegung werde im Zuge des weiteren Vorgehens barrierefrei hergestellt.

Der Vorsitzende des Behindertenbeirates erklärt, dass Punkt 1 des Antrages **AN/085/2020** – *„Die Verwaltung wird aufgefordert, so schnell wie möglich am Regionalbahnhof eine öffentliche, barrierefreie WC-Anlage zu errichten (wie in der Großen Straße).“* – somit als erledigt angesehen wird.

Die weiteren Punkte 2 sowie 3 seien noch offen. Der unter Punkt 3 des Antrages genannte Standort im Marstall sei allerdings aufgrund der Unmöglichkeit, einen Zugang direkt durch die Außentür zu ermöglichen, schwierig umzusetzen. Es wird erneut die Bitte an die Verwaltung gerichtet, einen entsprechenden Lösungsvorschlag zu unterbreiten. Vor allem hinsichtlich der bevorstehenden wärmeren Monate sei es im Bereich rund um das Ahrensburg Schloss wichtig, eine entsprechende Bedürfnisanstalt anbieten zu können.

Die Standorte an den beiden U-Bahnhöfen seien auch durch die Hochbahn selbst gewünscht. Die Verwaltung wird daher darauf aufmerksam gemacht, dass die Hochbahn für Gespräche hierzu bereit sei.

Ein weiteres Ausschussmitglied fragt an, ob eine Beteiligung durch die Deutsche Bahn AG an der Renovierung der Bestandsanlage am Bahnhof vorgesehen wäre.

Die Verwaltung gibt Auskunft darüber, dass eine kooperative Renovierung bzw. Instandsetzung jener Anlage am Bahnhof mit der VHH zu diskutieren ist.

Im Anschluss weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Aufhebung des o. g. Sperrvermerkes sowie auch die Anpassung der Mittel in den Beschlussvorschlag aufzunehmen ist.

Anschließend wird über den wie folgend ergänzten Beschlussvorschlag abgestimmt:

Beschlussvorschlag:

Neubau einer öffentlichen barrierefreien Bedürfnisanstalt am Busbahnhof neben der Bestandanlage gleich der Anlage in der Großen Straße.

Der Sperrvermerk auf dem Produktsachkonto wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

**8. Bebauungsplan Nr. 107 – Wohngebiet auf dem Gelände nördlich und nordöstlich der Straße Fannyhöh sowie südlich und südöstlich der verbleibenden Tennisplätze
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**

Der Stadtverordnete Herr Rolf Griesenberg teilt mit, dass er aufgrund des § 22 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein befangen und damit von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes ausgeschlossen ist; er verlässt für diese Zeit den Sitzungsraum.

Im Anschluss trägt der unter TOP 4 vorgestellte Herr Schürmann die als **Anlage** beigefügte Präsentation vor und führt im Zuge dessen die schon in der Vorlage erwähnten Gesichtspunkte aus.

Im Anschluss wird seitens eines Ausschussmitgliedes erfragt, warum in diesem Falle ein beschleunigtes Verfahren nach § 13 a Baugesetzbuch (BauGB) bevorzugt werde.

Herr Schürmann erläutert, dass ein Normalverfahren eine Verfahrensdauer von bis zu zwei Jahren mit sich bringen würde. Durch die vorgeschlagene zeitliche Beschleunigung des Verfahrens sei es möglich, die für den Tennis- und Hockeyclub Ahrensburg e. V. (THCA) entstehenden Kosten zu minimieren. Außerdem benötige der Verein die Mittel sehr zeitnah.

Weiterhin wird von Seiten eines Ausschussmitglieds daran gezweifelt, dass sich die Kosten für die Herstellung der Baureife rechnen werden und erfragt, wer im Falle von Verfahrenskosten und eventuellen Sanierungskosten, welche den Ertrag übersteigen, die resultierenden Kosten tragen würde. Es wird von Herrn Schürmann mitgeteilt, dass die entstehenden Kosten vom THCA zu tragen sind. Der übrigbleibende Verkaufserlös würde dann zwischen dem Verein sowie der Stadt zu jeweils der Hälfte aufgeteilt werden.

Ein Ausschussmitglied fordert, dass die Stadt keine Sanierungskosten trägt und nur dann dem Aufstellungsbeschluss zuzustimmen ist.

Der Vorsitzende bedauert, dass nur sehr wenige Wohneinheiten geschaffen werden, da der THCA aktuell lediglich plant, die östlichen beiden Tennisplätze zu entwickeln.

Bündnis 90/Die Grünen würden einem Beschlussvorschlag in dieser Form nicht zustimmen. Es gebe ohnehin ungenügend sportliche Angebote in Ahrensburg; die Sportentwicklungsplanung wird voraussichtlich erst im zweiten Quartal 2021 fertiggestellt. Zudem würde die in der Aue gelegene Sumpflandschaft im Zuge eines beschleunigten Verfahrens nach § 13 a BauGB nicht ausreichend untersucht werden. Keinen Umweltbericht einzufordern wäre demnach gar fahrlässig.

Ein weiteres Ausschussmitglied merkt an: Eine Zustimmung würde hier nur erfolgen, wenn kein beschleunigtes, sondern ein Normalverfahren mit einer entsprechenden genauen Untersuchung der Umweltbelange (Natur-, Lärm- sowie Bodenschutz) durchgeführt werden würde.

Herr Schürmann führt hierzu aus, dass schon nach § 1 Abs. 6 Ziffer 7 BauGB „(...) die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege (...)“ zu berücksichtigen sind. Es wurde demnach bereits eine Untersuchung vorgenannter Belange vorgenommen. Diese sind den schon der **Vorlage beigefügten Anlagen 7 bis 7-3** zu entnehmen. Im Falle einer Überplanung der Tennisplätze sind unabhängig davon in jedem Fall die naturschutzrechtlichen sowie auch artenschutzrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

Der Vorsitzende fasst anschließend noch einmal zusammen, dass im Zuge des ersten Bauabschnittes auch der bestehende Wanderweg in Richtung Aue für eine Zuwegung von der Straße Fannyhöh angefasst werden müsse. Aus seiner Sicht wäre es praktikabler mit dem 2. Bauabschnitt zu beginnen. (Die Entwicklung von Osten und in zwei Bauabschnitten macht eine zumindest zeitweilige Erschließung von der Straße bzw. dem Wanderweg in Richtung Aue erforderlich. Durch die Verwirklichung in zwei Bauabschnitten werden zudem zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen zwischen den Bauabschnitten geschaffen werden müssen, die später entfallen können.)

Ein Ausschussmitglied merkt an, dass dieser B-Plan nicht das Ziel haben kann, den THC finanziell zu sanieren. Sollte dies erforderlich sein, müsse der THC sich in anderer Art und Weise an die Stadt wenden.

Seitens eines Ausschussmitgliedes wird die Aufstellung eines B-Planes für jenes Gebiet befürwortet. Das dortige Biotop („bewachsene Abbruchkante“/Steilhang) angrenzend an die Tennisplätze Nrn. 11 und 12 werde demnach sogar besser geschützt. Aufgrund der derzeitigen sehr nahe gelegenen Lage der Tennisplätze an dieser Abbruchkante würde durch den ersten Bauabschnitt – und damit verbunden einer besseren Abgrenzung – der dortige Grünzug aufgewertet.

Ein weiteres Ausschussmitglied weist zudem darauf hin, dass jenes Baugebiet überschaubar sei und daher durch die geplante Bebauung keine wesentlichen Eingriffe in Umweltbelange zu befürchten sind. Der Vereinssport ist zu unterstützen, was jedoch nur möglich ist, wenn ein beschleunigtes Verfahren – und damit verbunden geringere Kosten für den THCA – angewandt würde. Weiterhin seien alle relevanten Untersuchungen zugesagt. Ein Normalverfahren mit einem Umweltbericht würde demnach nicht nur höhere Kosten für den Verein, sondern ebenso einen verminderten Ertrag für die Stadt bedeuten. Dies sei jedoch im Finanzausschuss zu prüfen. Es gehe hier ausschließlich darum, die Umweltbelange zu betrachten.

Abschließend weist der Vorsitzende darauf hin, dass resultierend aus der Diskussion noch viele offene Punkte bleiben. Das Verfahren, die Planung sowie auch die durchzuführenden Untersuchungen sind durch die Verwaltung festzulegen.

Weitere Fragen seitens des Umweltausschusses bestehen nicht; es handelt sich bei diesem TOP um eine Kenntnisnahme, sodass hierzu keine Abstimmung erfolgt.

9. **Bebauungsplan Nr. 108 "Fischerei-Institut Wulfsdorf", für das Gebiet östlich des B-Plans 70B ("Allmende") sowie westlich und nördlich des B-Plans 70a ("Wilde Rosen")**

-Grundsatzbeschluss zur Aufstellung des B-Plans

Nachdem der Stadtverordnete Herr Rolf Griesenberg während der Beratung des vorigen Tagesordnungspunktes den Sitzungsraum verlassen hatte, kehrt er nun wieder zurück und nimmt an der weiteren Sitzung teil.

Die Verwaltung stellt zunächst die als **Anlage** beigefügte Präsentation vor und ergänzt, dass es offensichtlich verschiedenste Interessen für eine bauliche Entwicklung des Geländes gibt und die Freie und Hansestadt Hamburg als Eigentümerin die Vergabe eines Erbbaurechts nach Einreichung eines Konzeptes vorschwebt.

Die CDU-Fraktion betont, dass der Bauleitplanung positiv gegenübergestanden wird, zeitlich jedoch erst nach Schaffung der entsprechenden Infrastruktur. Eine Überprüfung des aufkommenden Verkehrs sei hiernach durchzuführen. Schon zum Beschluss der Vorlage während der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 03.03.2021 ist von den Fraktionsmitgliedern ablehnend entschieden worden.

Ein weiteres Ausschussmitglied fragt an, ob eine entsprechende Untersuchung des Durchgangs- und Anwohnerverkehrs seitens der Verwaltung geplant sei.

Die Verwaltung teilt mit, dass bislang noch kein entsprechendes Gutachten vorliege. Es ist jedoch von dreieinhalb täglichen Fahrten je Wohneinheit auszugehen. Bislang werde in diesem Gebiet von etwa 2.750 Fahrten ausgegangen; im Zuge einer möglichen Bebauung mit weiteren 50 Wohneinheiten würden entsprechend 175 Fahrten hinzuaddiert werden. Eine genauere Untersuchung werde aber eingeplant.

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass bei der Auswahl eines Bewerbers auch zu beachten sei, ob dieser beispielsweise eine Kindertagesstätte errichten würde. Anderenfalls müsse die Stadt selbst eine solche zur Verfügung stellen.

Die Verwaltung bietet an, auch Gespräche mit den Anliegern zu führen, um für das autarke Stadtteilgebiet Wulfsdorf ein gemeinsames Konzept zu entwickeln. Hierzu sind entsprechende Diskussionen mit allen Beteiligten notwendig.

Der Vorsitzende betont abschließend, dass ein solches Verfahren unter Einbeziehung der Anlieger seitens des Umweltausschusses gewünscht werde.

Weitere Fragen seitens des Umweltausschusses bestehen nicht; es handelt sich bei diesem TOP um eine Kenntnisnahme, sodass hierzu keine Abstimmung erfolgt.

10. Anfragen, Anregungen, Hinweise

10.1. Papiercontainer in der Ladestraße

Der Vorsitzende weist auf die Demontage der bislang bestehenden Papiercontainer in der Ladestraße hin. Schon zuvor seien diese nicht ausreichend gewesen; herumliegender Papiermüll wäre bislang immer wieder vorgekommen.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung der Sachlage zu.

gez. Christian Schmidt
Vorsitzender

gez. Julia Brötzmann
Protokollführerin